

PRESSEDIENST

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Fon: 9029–14908 Fax: 9029–14914
e-mail: fraktion@gruene-cw.de
<http://www.gruene-cw.de>



Große Anfrage und Anträge an die BVV am 18. Januar 2018

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/ Wapler/Gusy

Inklusive Spielplätze

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie viele Spielplätze gibt es in Charlottenburg-Wilmersdorf, inwieweit entspricht dies dem Bedarf, wie viele Spielplätze sind in der laufenden Wahlperiode geplant, wie hoch ist dabei der Bedarf an inklusiven Spielplätzen und wie viele inklusive Spielplätze gibt es bereits?
2. Gibt es ein bezirkliches Konzept für die Berücksichtigung der Inklusion in Rahmen von Aus- Um- und Neubau von Spielplätzen auf Grundlage der bestehenden bezirklichen Spielplatzplanung?
3. Inwieweit werden bei der Spielplatzplanung Kinder mit und ohne Behinderung und der Behindertenbeirat einbezogen?

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler

Beteiligung von Kindern an der Spielplatzplanung gesetzlich regeln

Die BVV möge beschließen:

Das BA wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen auf Landesebene dafür einzusetzen, gesetzlich zu regeln, dass Kinder bei jeder Neuanlage und jeder Umgestaltung eines Spielplatzes an der Planung beteiligt werden.

Der BVV ist bis zum 30.04.2018 zu berichten.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler

Kitaplätze ausbauen ja – aber nicht zu Lasten von Spielplätzen

Die BVV möge beschließen:

Das BA wird aufgefordert, sich bei der notwendigen Prüfung aller im Bezirk verfügbaren Liegenschaften zwecks Schaffung neuer Kitaplätze dafür einzusetzen, nicht auf Grundstücke zurückzugreifen, auf denen sich Spielplätze befinden. Dies gilt insbesondere dann, wenn der betreffende Spielplatz von Kindern lebhaft genutzt wird.

Der BVV ist bis zum 30.04.2018 zu berichten.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler

Partizipation der Schulen bei dem Ausbau der Schulen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Schulen im Bezirk im Zuge von geplanten Aus-, Um- oder Neubau-Maßnahmen ausdrücklich einzuladen, bereits in der Planungsphase eigene bauliche Konzepte oder Gedanken einzubringen. An allen Schulen, an denen umfassende bauliche Anpassungen im Bestand anstehen, wird das Bezirksamt ersucht, den Schulen die Gründung von Baubeiräten zu empfehlen. In diesen sollen neben der Schulleitung Lehrer*innen, das weitere pädagogische Personal, Schüler*innen, Eltern sowie Hausmeister*innen vertreten sein.

Der BVV ist bis zum 30.04.2018 zu berichten.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias/Wieland

Aufenthaltsqualität am Breitenbachplatz erhöhen – Autobahnbrücke abreißen!

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich für einen perspektivischen Abriss der Autobahnbrücke über den Breitenbachplatz ein. Dazu wird das Bezirksamt gebeten, sich bei den entsprechenden Stellen für die Erstellung einer Machbarkeits- und Verkehrsstudie einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2018 zu berichten.

Begründung:

Die Autobahnbrücke am Breitenbachplatz ist an der heutigen Grenze zwischen den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf. Ihr Bau wurde in den 1970er-Jahren von enormem Protest der Anwohnerinnen und Anwohner begleitet. Seitdem sind die damals angedachten Verlängerungen der Autobahn nicht Realität geworden und inzwischen hat sich die Verkehrssituation in der Stadt grundlegend verändert. Eine Rückführung der Autobahn mit Abriss der Brücke am Platz ist möglich und sollte schnellstmöglich in Angriff genommen werden. Dadurch kann nach mehr als 40 Jahren den Menschen am Breitenbachplatz wieder ein Stück Aufenthaltsqualität zurückgegeben werden und der Platz durch weitere Begrünung verschönert werden. Die

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf hat einen für ihren Bezirk gleichlautenden Antrag einstimmig beschlossen (<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=6081#allrisSV>). Die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf würde bei einem Beschluss dieses Antrages gemeinsam mit unserem südlichen Nachbarbezirk agieren.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Blitzer in Charlottenburg-Wilmersdorf an Gefahrenstellen aufstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass Blitzer an den Stellen in unseren Bezirk aufgestellt werden, an denen es oft zu Geschwindigkeitsüberschreitungen bzw. Unfällen kommt.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2018 zu berichten.

Begründung:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat in seinem Haushalt 2018/2019 Mittel für 30 Blitzer bereitgestellt. Zu hohe Geschwindigkeit ist nicht nur eine der häufigen Unfallursachen, sie verursacht auch mehr Lärm. Das Bezirksamt sollte dem Senat von Berlin zwei, drei Orte mitteilen, an denen die Geschwindigkeit oft überschritten wird, um dem zu begegnen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler

Transparenter Bezirkshaushalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Bezirkshaushalt Charlottenburg-Wilmersdorf transparent öffentlich darzustellen. Hierfür soll das Angebot der Senatsverwaltung für Finanzen, die Bezirkshaushalte auf den jeweiligen Internetseiten der Bezirksämter per iframe einzubetten, wahrgenommen werden.

Die bereits bestehende gefilterte Ansicht des Bezirkshaushalts soll auf der Internetseite des Bezirksamtes eingebettet werden, und nicht, wie es bislang der Fall ist, ausschließlich auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Finanzen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2018 zu berichten.

Begründung:

Seit 2012 hat die Senatsverwaltung für Finanzen eine Visualisierung des gesamten Berliner Haushaltes auf ihrer Internetseite eingebettet:

<https://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/haushaltsplan/artikel.5697.php>

Auf dieser Internetseite kann man den Haushalt auch nach den jeweiligen Bezirken filtern und Einsicht in die Haushaltspläne aller Bezirke erhalten.

Die gefilterte Ansicht für Charlottenburg-Wilmersdorf ist über folgenden Link verfügbar und steht zur Einbettung bereit: <https://okfde.github.io/haushaltberlin>
Obwohl die Senatsverwaltung für Finanzen den Bezirken anbietet, die Bezirkshaushalte auch auf den eigenen Internetseiten einzubetten, wird das Angebot nur selten genutzt. Dabei handelt es sich bei den Haushaltsplänen um offene Daten, die den Bürger*innen transparent und visuell aufbereitet, zugänglich gemacht werden sollten.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Wieland

Bereichsentwicklungsplanung wieder aufnehmen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei allen zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die erforderlichen Ressourcen für die Erstellung einer Bereichsentwicklungsplanung (BEP) zur Verfügung gestellt werden, und die Erstellung einer neuen BEP bzw. Aktualisierung des alten Standes daraufhin umgehend in die Wege zu leiten. Der BVV ist bis zum 31.03.2018 zu berichten.

Begründung:

Zuständig für die Bereichsentwicklungsplanung (BEP) sind seit Anfang der 90er Jahre die Bezirke. Die Bereichsentwicklungsplanung dient als Zwischenschritt einer Übertragung der Ziele des großräumlichen Flächennutzungsplans auf die kleinräumlichere Bezirksebene, bevor anschließend die Ziele der BEP in einzelne Bebauungspläne umgesetzt werden können. Diese stetig erforderliche Fortschreibung und Anpassung des BEP an die stadtplanerischen Ziele des Landes ist seit 2007 in Charlottenburg-Wilmersdorf eingestellt worden.

Gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt und der sich daraufhin veränderten Datenlage sowie der Ermittlung von Wohnungsbau- und Infrastrukturbedarfen ist ein planerisches Gesamtkonzept für den Bezirk erforderlich, in das die Abwägung der verschiedenen Daten, Bedarfe und stadtplanerischen Ziele einfließt, um konzeptloses Wachstum zu verhindern.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Wieland

Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Planung größerer Bauvorhaben

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen (z.B. in der Bauberatung durch Aushändigung eines Merkblatts) Bauherren und Architekten größerer Bauvorhaben, die absehbar nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl Dritter haben könnten, darauf aufmerksam zu machen, dass gemäß §25 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) durch den Vorhabenträger eine frühe Bürgerbeteiligung durchgeführt wird, mit der die betroffene Öffentlichkeit über die Ziele des Vorhabens und dessen voraussichtliche Auswirkungen informiert wird.

Der Vorhabenträger ist dabei aufzufordern, diese Bürgerbeteiligung schon möglichst vor einer Antragstellung durchzuführen, allerdings erst, wenn das Vorhaben schon planerische Gestalt angenommen hat und seine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist (z.B. die Eigentumsverhältnisse geklärt sind und keine öffentlich-rechtlichen Vorschriften grundsätzlich entgegenstehen). Durch den Vorhabenträger ist die Bürgerbeteiligung in geeigneter Art öffentlichkeitswirksam zu bewerben.

Der BVV ist bis zum 31.03.2018 zu berichten.

Begründung:

Das rasche städtische Wachstum und die damit einhergehende bauliche Verdichtung führt zu nachbarschaftlichen Konflikten in unserem Bezirk. Eine solche Regelung kann helfen, Irritationen und Überraschungen in der Nachbarschaft größerer Bauvorhaben zu vermeiden.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Wieland

Stadträumliche Sozialverträglichkeit als Gestaltungskonzept bei Bauprojekten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, bei Bauprojekten, die keine Einfamilienhausgrundstücke betreffen, prinzipiell die sozialverträgliche Integration in die stadträumliche Umgebung als Maßstab für die Erteilung von Baugenehmigungen zu fordern. Hiermit soll sowohl die Entstehung von „gated communities“ und sich von ihrer Umgebung abwendender, introvertierter Baukomplexe verhindert werden, als auch die Belebung des öffentlichen Raums beispielsweise über öffentlich zugängliche Erdgeschossnutzungen oder ggf. auch Blockdurchwegungen gewährleistet bleiben.

Diese Forderung betrifft nicht nur die Bauberatung oder in städtebaulichen Verträgen getroffene Vereinbarungen, sondern auch die gesetzgebende Landesebene zur Anpassung der Landesbauordnung hinsichtlich der zulässigen Höhe von Grundstückseinfriedungen. Der BVV ist bis zum 31.03.2018 zu berichten.

Begründung:

Bei innerstädtischen Bauprojekten im Hochpreissegment ist zunehmend zu beobachten, dass der Wunsch nach einer Abschottung von der stadträumlichen Nachbarschaft baulich umgesetzt wird. Dies geschieht beispielsweise über Grundstücks-Einfriedungen von 2 m Höhe, die derzeit gemäß BauOBln zulässig sind, und führt damit zur Entstehung von „gated communities“. Teilweise wird auch von einem öffentlich zugänglichen Ladengeschoss im Erdgeschoss Abstand genommen, auch wenn die stadträumliche Umgebung durchaus eine andere Entscheidung nahe legen würde.

Zur Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Straßenraum ist jedoch gerade soziale Kontrolle eines lebendigen Straßenlebens wesentlich. Gebaute Abschottung hingegen erreicht das Gegenteil, nämlich eine Erhöhung der Gefährdung. Es ist daher wesentlich, dass bei Neu- bzw. Umbauprojekten auch die stadträumliche Sozialverträglichkeit bewertet wird, um einen lebendigen Stadtraum und damit auch ausreichend Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleisten zu können.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Wieland

Freiflächen-Umfeld des Umsteigebahnhofs Jungfernheide qualifizieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, das Freiflächen-Umfeld des Umsteigebahnhofs Jungfernheide zu qualifizieren und zu einem attraktiven Aufenthaltsort zu entwickeln. Dabei ist sowohl darauf zu achten, dass angstfreie Räume entstehen, als auch nachhaltige Konzepte für den Bedarf an WC-Anlagen und Abfall-Beseitigung zu entwickeln, um der vor Ort festzustellenden zunehmenden Verwahrlosung auf den Vorplatzflächen zu begegnen. Für die Gestaltung soll ein konkurrierendes Wettbewerbsverfahren gewählt werden, Anwohnerinnen und Anwohner sowie anliegende Institutionen (z.B. die Kindertagesstätte) sind einzubinden. BVG und insbesondere die deutsche Bahn als Eigentümerin des Bahnhofs sollten in die Pflicht genommen werden, sich angemessen zu beteiligen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2018 zu berichten.

Begründung:

Der Umsteigebahnhof Jungfernheide (Regionalbahn-, S-Bahn-, U-Bahn- und Busverkehr) ist einer der am stärksten frequentierten Bahnhöfe des Bezirks. Gerade aufgrund des Anschlusses an die Regionalbahn halten sich dort Reisende immer wieder auch für eine etwas längere Wartezeit im unmittelbaren Umfeld auf. In Kiosken im Erdgeschoss des Bahnhofs werden Snacks und Getränke (auch mit Alkohol) verkauft. Angemessene Aufenthaltsbereiche oder WC-Anlagen für die Wartenden innerhalb des Bahnhofs fehlen jedoch gänzlich. Die Wartenden weichen daher auf die Vorplätze der jeweiligen Eingänge auf der Süd- und Nordseite aus.

Diese Vorplätze stellen sich jedoch sowohl gestalterisch ausgesprochen unattraktiv als auch in zunehmenden Maße verwahrlost dar. Offen Notdurft verrichtende Menschen, herumliegender Abfall, marode Holzbänke sowie teilweise schlecht einsehbare, angstfördernde Räume tragen dazu bei. Um dem Fortschreiten der Verwahrlosung vorzubeugen, ist rasches Handeln erforderlich.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/ Kempf

Preußische Siege und das Ende der Revolution von 1848/49 - Erinnerungstafel an der Fußgängerbrücke Bundesallee erneuern!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Informationstafel über die Namensgebungen der Straßen im Badenschen Viertel erneut aufzustellen.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2018 zu berichten.

Begründung:

In der Bezirksverordnetenversammlung Wilmersdorf war 2004 beschlossen worden, die Namensschilder der Straßen um die Badensche Straße mit Hinweisen auf eine zentrale Erklärungstafel an der Fußgängerbrücke über die Bundesallee auszustatten. Auf der Tafel wurden die näheren Umstände der Benennung der Straßen erläutert. Hintergrund war eine Debatte um die Angemessenheit der Namensgebungen der Straßen im Badenschen Viertel. Nach dem Tod von Kaiser Wilhelm I. im Jahr 1883 waren einige Straßen zu seinen Ehren umbenannt worden. Die Benennungen bezogen sich auf die Rolle des damaligen Prinzregenten Wilhelm als Führer des preußischen Interventionsheeres, das 1849 die badische Demokratiebewegung niederschlug. Die Straßen wurden nach Orten der siegreichen Schlachten der preußischen Armee benannt. Es waren dies die Straßen Badensche Straße, Waghäuseler Straße, Karlsruher Straße, Durlacher Straße, Kuppenheimer Straße und Rastatter Platz. Die Straßen stehen also für die Niederlage der Demokraten. Dies sollte auf einer Erklärungstafel aus heutiger Sicht kommentiert werden.

Die Erklärungstafel existiert nicht mehr. Allerdings ist ein Foto von der Tafel im Internetauftritt des BA einzusehen (<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/geschichte/gedenktafeln/mdb-imag0092.jpg>). An Ort und Stelle befindet sich momentan eine (ungepflegte) Werbetafel der Firma WALL. Die Erklärungstafel ist, ggf. in Kooperation der Firma WALL, zu erneuern.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Wieland

Bahnflächen im Bezirk durch das Land Berlin kaufen

Die BVV möge beschließen:

Das BA wird gebeten sich beim Senat dafür einzusetzen, alle im Bezirk befindlichen freigestellten Bahnflächen für das Land Berlin zu erwerben, um sie für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung zu nutzen.

Der BVV ist bis zum 30. April 2018 zu berichten.

Begründung:

Im dicht bebauten Innenstadt-Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf stehen so gut wie keine größeren Entwicklungspotenzialflächen zur Verfügung. Angesichts der Bedarfe der wachsenden Stadt ist eine Sicherung der nicht mehr für verkehrliche Nutzungen benötigten Bahnflächen elementar, um eine strategische Flächenvorsorge Bezirklich zu Belangen.